

USA: Die große Wiedereröffnung - Profit und Tod

Marcus Otono, Infomail 1103, 8. Mai 2020

Wir sahen es seit Wochen kommen - eigentlich seit Monaten, wenn man die anfängliche Verunglimpfung der Bedrohung durch das Coronavirus und Covid 19 für die USA durch die Trump-Administration mitzählt. Sogar nachdem Trump umschwenkte und entschied, dass die Todesopfer dieser sich leicht verbreitenden Virusinfektion seine Wiederwahlkampagne ins Chaos stürzen würden, deuteten die Zeichen immer auf eine rasche Wiedereröffnung der US-Wirtschaft hin. Als Erstes schwebte ihm die Idee einer Wiedereröffnung am Osterwochenende vor. Als dies durch die Tatsachen einer steigenden Infektions- und Todesrate zunichtegemacht wurde, wies er auf den 1. Mai hin.

Nun empfiehlt Trump einen schrittweisen, dreistufigen Prozess, der zumindest Teile der Wirtschaft in einigen Bundesstaaten irgendwann Mitte bis Ende Mai in Gang bringen könnte. Es gab bereits einige GouverneurInnen in den eher rechtsgerichteten Bundesstaaten, die den Prozess der Wiedereröffnung öffentlicher Einrichtungen wie Strände und öffentliche Parks eingeleitet haben. Und das ungeheuerlichste Beispiel für eine Wiedereröffnung ohne jegliche Sorge um die Gesundheit der BürgerInnen kommt aus dem US-Bundesstaat Georgia, wo der rechtsgerichtete republikanische Gouverneur Brian Kemp beschlossen hatte, bis zum 1. Mai nicht nur Fitnessstudios, sondern auch Haar-, Nagelstudios, Friseurläden und Bowlingbahnen sowie Kirchen wieder zu öffnen, während die Zahl der Coronavirusinfektionen und Todesfälle in seinem Bundesstaat noch steigt.

Das ist auch der Gouverneur, der so ahnungslos war, dass er am 2. April behauptete, wir wüssten nicht, dass Menschen, die infiziert sind, das Virus verbreiten können. Er ist also nicht nur ignorant, sondern kriminell ignorant. Und der Gouverneur von Tennessee kündigte an, dass dieser südliche und rechte Bundesstaat bis zum 1. Mai wiedereröffnet wird, obwohl Infektionen, Krankenhausaufenthalte und Todesfälle immer noch zunehmen.

Wenn man bedenkt, dass die wahre Infektionsrate wegen des Mangels an Tests weitgehend unbekannt ist, und, was noch wichtiger ist, wenn man bedenkt, dass die Covid 19 zugeschriebene Sterblichkeitsrate selbst in Staaten, die nicht besonders stark betroffen sind, immer noch steigt, scheint dieser Plan optimistisch zu sein. Optimistisch ist in der Tat eine freundliche Umschreibung, mörderisch wäre wahrscheinlich zutreffender. Aber dann ist der Kapitalismus immer bereit, alles andere auf dem Altar des Profits zu opfern, solange dieses Opfer nicht die KapitaleignerInnen selbst oder ihren Profit betrifft. Das Leben von ArbeiterInnen und BürgerInnen? Sicher, das ist ein akzeptabler Preis, um die Profittkette intakt zu halten und, in diesem Fall, neu zu starten.

Der Plan

Das dreistufige Programm, das die Trump-Regierung vorgelegt hat, ist nicht wirklich ein Plan, und es ist definitiv nicht sehr detailliert. Es besteht (höchstens) aus ein paar Seiten mit Aufzählungspunkten, die sich nicht mit den „Schwierigkeiten“ befassen, zu den wissenschaftlichen Zielen zu gelangen, die erforderlich sein sollen, bevor überhaupt die erste Phase eingeleitet wird. Ich denke, wir sollten alle froh sein, dass es überhaupt einige Standards gibt, wenn man bedenkt, dass Trump nur wenige Tage vor der Veröffentlichung des Plans im Grunde das „göttliche Recht der Präsidentschaft“ geltend machte, um uns allen zu sagen, dass er der „Entscheider“ darüber sein würde, wann das Land sich wieder für die Wirtschaft öffnet. Als diese Aussage am Ende von einigen

seiner stärksten BefürworterInnen negativ aufgenommen wurde und sich damit erledigt hatte, vollführte er eine weitere Wende und „entschied“, dass die GouverneurInnen der Bundesstaaten und die lokalen BeamtenInnen das letzte Wort haben würden – zumindest vorläufig. Angesichts von Trumps Neigung, die Schuld von sich weg und jemandem anders als sich selbst zuzuschieben, ist es wahrscheinlich, dass dieser letzte Schwenk vollzogen wurde, um örtliche BeamtenInnen dafür verantwortlich zu machen, wenn die Dinge schiefgehen und zu viele Menschen durch diese überstürzte Wiedereröffnung der US-Wirtschaft sterben.

Phase eins soll eingeleitet werden, wenn die Zahl der Coronavirusinfektionen und der Covid-19-Krankheiten in den nächsten zwei Wochen zurückgeht, und beinhaltet die Beibehaltung der Beschränkungen der „sozialen Distanzierung“ und des Verbots von Versammlungen mit mehr als 10 Personen. Neben anderen Restriktionen, die noch aufrechtzuerhalten sind, wird es Unternehmen, die geschlossen wurden, erlaubt sein, wieder zu eröffnen, wenn sie sich an diese Restriktionen halten können. So werden zum Beispiel Bars und Restaurants geschlossen bleiben, aber Fitnessstudios dürfen wieder öffnen, wenn sie ihre KundInnen davon abhalten können, sich bis auf zwei Meter zu nähern.

Die wahrscheinlich größte Erleichterung für die Geschäftswelt ist die Zulassung von „ausgewählten“ Operationen. Das sind diejenigen, die den Krankenhäusern und Kliniken im medizinischen Bereich das meiste Geld einbringen. Das gewinnorientierte Gesundheitssystem in den USA verlässt sich selbst in normalen Zeiten zu einem Großteil seiner Gewinnspannen auf diese „Wahleingriffe“. Diese ausgewählten Operationen werden der Behandlung des Virus, das uns gegenwärtig plagt, Ressourcen entziehen, selbst wenn dadurch nur medizinisches Personal in nicht lebenswichtige, aber profitablere Bereiche umverteilt wird.

Das größte Problem bei diesem Szenario ist der Testprozess. Er ist bis jetzt nicht gut verlaufen. Sowohl die Zentren für Krankheitskontrolle und Vorbeugung (CDCs) als auch die GouverneurInnen der Bundesstaaten sowie Dr. Deborah Birx und Dr. Anthony Fauci von der Coronavirus Task Force des Weißen Hauses erkennen diese Tatsache bei den Tests an. Ohne die Tests haben wir keine Ahnung, wie viele Menschen in der Allgemeinbevölkerung infiziert sind, wie viele tatsächlich krank sind und unter Quarantäne gestellt und sozial isoliert werden müssen, anstatt nur „distanziert“ zu bleiben, und wie hoch daher die realistischen Möglichkeiten für eine massive zweite Welle von Infektionen, Krankheiten und Todesfällen nach einer Wiedereröffnung sind. Sogar das ultrakapitalistische Propagandaorgan, das „Wall Street Journal“, hat die chaotische Reaktion auf den Mangel an Testmaterial und -ausrüstung zur Kenntnis genommen. Dies ist ein direktes Ergebnis von 40 Jahren anhaltender Abhängigkeit vom „Markt“, um den Bedürfnissen der Bevölkerung nachzukommen. Es funktioniert zu keiner Zeit und vor allem nicht während einer Krise so gut, um diese zu befriedigen. Nichts wird koordiniert oder gar ohne Rücksicht auf den Profit getan, und was getan wird, geschieht verstreut und stückweise.

Der Plan von Trump stützt sich auf breit angelegte Tests, die uns sagen sollen, wo wir uns befinden, und wir sind derzeit bestenfalls etwa halb so weit, wie wir bei diesen Tests sein müssten.

Der Druck zur Wiedereröffnung

Natürlich wird nichts davon einen großen Unterschied machen, ob das Land sich wieder für die Wirtschaft öffnet oder nicht. Ein Teil der Bourgeoisie und ihre SpeichelleckerInnen in der politischen Kaste, vor allem auf der rechten Seite, haben beschlossen, dass eine vier- bis sechswöchige Unterbrechung ihrer Profitketten völlig ausreichend ist. Sie sind wild entschlossen, wieder zu öffnen, egal wen diese Öffnung tötet.

Die „Wiedereröffnung“-der-Wirtschaft-Kampagne begann damit, dass Trump selbst von der

absaufenden Wirtschaft sprach und am 22. März twitterte, dass wir nicht zulassen können, dass die Heilung (die Abschaltung) schlimmer ist als die Krankheit (Covid 19). Darauf folgten mehrere Stimmen auf der rechten Seite, allen voran der Vizegouverneur von Texas, Dan Patrick, der sagte, dass alte Leute und immungeschwächte Menschen, die am meisten gefährdet sind, an der Infektion zu sterben, tatsächlich bereit wären, für die Wirtschaft und insbesondere für die Wall Street zu sterben. Dies löste eine sofortige Gegenreaktion aus, wobei der Hashtag #NotDying4WallStreet in den sozialen Medien stark im Trend lag. Man sollte meinen, dass diese Art der Zurückdrängung dieses Gerede gedämpft hätte. Das war jedoch nicht so sehr der Fall. Noch am 7. April sagte der US-Kongressabgeordnete Joseph Albert „Trey“ Hollingsworth aus dem 9. Bezirk von Indiana, dass die Wirtschaft an erster Stelle stehen müsse, wenn es eine Wahl zwischen Todesfällen und der Wiedereröffnung der Wirtschaft gibt. Es sei darauf hingewiesen, dass Hollingsworths Nettovermögen auf 50 Millionen US-Dollar geschätzt wird, was ihn zweifellos zu einem Angehörigen der besitzenden Klasse in den USA macht. Er ist auch, ironischerweise, wie dies zeigt, als „Pro-Life“-Politiker (lies: Abtreibungsgegner) und treuer fundamentalistischer Christ bekannt. Hollingsworth wurde für seine Kommentare auch lautstark zurückgewiesen, aber es ist offensichtlich, dass kein Maß an Opposition die Denkweise des rechten, kapitalistischen Todeskultes in den USA ändern wird. Die Wirtschaft und die Wall Street sind wichtiger als das Leben der Menschen der ArbeiterInnenklasse, die sie für ihren Profit ausbeuten.

Dieser Druck zur Wiedereröffnung wurde in der Woche vom 14. April mit dem Beginn einer Straßenkampagne mit teilweise bewaffneten Demonstrationen von Trump-AnhängerInnen, weißen NationalistInnen und sogar regelrechten FaschistInnen in den Hauptstädten der Bundesstaaten im ganzen Land noch verstärkt. Diese Demos wurden von einem illustren Kreis der Rechten wie dem Medienunternehmen Fox News, den politischen Non-Profit-Organisationen der Gebrüder Koch-Milliardäre, deren Machenschaften das Buch „Dark Money“ aufgedeckt hat, Bildungsministerin Elisabeth „Betsy“ DeVos, der Coors-Brauerei, rechten politischen Gruppen und Donald Trump selbst unterstützt und gefördert. Sie bestanden aus höchstens ein paar Hundert Leuten, erlangten aber in den kapitalistischen Medien eine weit verbreitete Presse.

Natürlich unterstützt keine/r dieser MilliardärInnen und MultimillionärInnen diese Proteste aus der Güte ihres bösen Herzens. Sie tun es, weil sie auch darin übereinstimmen, dass ihre Profite wichtiger sind als das Leben der einfachen US-Bevölkerung. Die Strategie hinter dieser Taktik der oft bewaffneten Einschüchterung durch faschistische Elemente besteht darin, GouverneurInnen und lokale BeamteInnen einzuschüchtern, damit sie die Wirtschaft so bald wie möglich wieder öffnen. Die mitgeführten Waffen implizieren, dass der Tod auf jede/n PolitikerIn wartet, die/der den wirtschaftlichen Neustart aufhält.

Im Gefolge von Trump und rechten PolitikerInnen, die darauf drängen, das Geschäft wie gewohnt wieder zu eröffnen, bewaffneten SchlägerInnen auf den Straßen, die auf dasselbe Ergebnis drängen, und Geschäftsinteressen im massiven kleinstädtischen Sektor der US-Wirtschaft und ihren UnterstützerInnen in der Großbourgeoisie können wir also irgendwann Anfang bis Mitte Mai eine große Wiedereröffnung der US-Wirtschaft erwarten - ganz gleich, welche unzulänglichen Testergebnisse sich zeigen und egal, wie viele Menschen dabei sterben.

Was können wir sonst noch erwarten?

All dieser Druck, uns wieder zur „Normalität“ zurückzuleiten, folgt auf Umfragen, die zeigen, dass das amerikanische Volk angesichts der gegenwärtigen Unsicherheit über die Ausbreitung des Virus und der Krankheit die Wirtschaft nicht wieder öffnen will. Eine massive Mehrheit der Bevölkerung, nach Angaben des angesehenen Meinungsforschungsinstituts Pew fast zwei Drittel, ist der Meinung, dass die USA zu schnell wieder öffnen werden. Wir können jetzt sehen, dass diese Mehrheit zu Recht besorgt war.

Oder vielleicht sind die AmerikanerInnen einfach aufmerksamer geworden. Schließlich war es logisch, dass dies für das Wohlergehen der am stärksten von der Krankheit betroffenen Menschen zu früh kam. Das ist die ArbeiterInnenklasse, die jeden Tag für unzureichende Löhne schuftet und an vorderster Front stehen und die ersten Opfer eines Wiederaufflammens dieser Pandemie stellen wird. Während die wohlhabenden BesitzerInnen über den Verlust ihrer Profite jammern, sind die Angehörigen der ArbeiterInnenklasse in Gefahr, ihr Leben zu verlieren.

Was wir von dieser, wahrscheinlich verfrühten, Wiedereröffnung der US-Wirtschaft erwarten können, dürfte aus der ersten weltweiten Reaktion auf das Virus abzuleiten und von dort aus hochzurechnen sein. Der marxistische Ökonom Michael Roberts auf den wir bereits Bezug genommen haben, hat eine erste Analyse der Reaktion erstellt und ist zu einigen vorläufigen Schlussfolgerungen gekommen, die sich vorbildlich strikt auf Zahlen stützen. Die Fakten sind kaum bestreitbar.

1) Covid 19 ist viel tödlicher als die saisonale Grippe. Selbst unter den wohlwollendsten Sterblichkeitswerten ist Covid 19 zehnmal so tödlich und 100-mal so tödlich, wenn man die pessimistischeren Szenarien zugrunde legt.

2) Die Eindämmungsstrategie trägt tatsächlich zur Verringerung dieser Sterblichkeit bei, wie die Erfahrungen in China, Südkorea oder Deutschland zeigen würden. Roberts schätzte, dass die Eindämmungsstrategien, die weltweit in Kraft sind, die Todesrate von Covid 19 um 80 % reduziert haben.

3) Der Kapitalismus und die kapitalistischen Regierungen waren nicht darauf vorbereitet, mit dieser Pandemie fertigzuwerden. Wir werden hinzufügen, dass diese Unvorbereitetheit, wie wir bereits erwähnt haben, größtenteils durch die neoliberalen, „just in time“-Produktionsketten hervorgerufen wurde, in denen alles getan werden musste, um die Profite zu maximieren und die Kosten im medizinischen Bereich und in seiner Hilfsindustrie zu minimieren. In den USA hat dieses Modell zur Schließung von Krankenhäusern, zur Entlassung von GesundheitsdienstleisterInnen und Hilfspersonal sowie zum Mangel an Betten und Geräten geführt, die für die Behandlung eines enormen Zustroms neuer PatientInnen, insbesondere auf den Intensivstationen, benötigt werden. Dieses Modell ließ für die meisten Länder auch keine andere Option übrig als die Eindämmung und Schließung des „Normalbetriebs“ oder die Gefahr, die nationalen Gesundheitssysteme zu überfordern.

4) Je stärker die Abriegelung, desto weniger Tote sind zu beklagen (siehe „Eindämmungsmethoden“).

5) Die Länder, die eine weniger strenge Strategie bei den Abriegelungen anwandten, verursachten nicht nur mehr Todesfälle unter den BürgerInnen, sie schnitten auch wirtschaftlich nicht besser ab. Die kapitalistische Weltwirtschaft ist heute so miteinander verflochten, dass selbst dann, wenn die Wirtschaft eines Landes, wie in Schweden, in Schwung blieb, es niemanden hatte, an die/den es auf dem Weltmarkt verkaufen konnte. So haben diese Länder in beiden Bereichen verloren. Mehr BürgerInnen starben und die wirtschaftliche Aktivität ging zurück.

Vorhersagen in einer Situation zu treffen, die sich täglich ändert, ist immer gefährlich, aber einige Dinge stechen als Wahrscheinlichkeiten hervor. Die große Wiedereröffnung der US-Wirtschaft dürfte sowohl im gesundheitlichen als auch im wirtschaftlichen Sinne ein Reinfall werden. Teile des Landes, vor allem in den konservativeren Bundesstaaten, die sich wieder öffnen, während Infektionen und Todesfälle immer noch zunehmen, werden in der Folge noch mehr Infektionen und Todesfälle und wahrscheinlich auch keinen großen Aufschwung der Wirtschaftstätigkeit erleben. Menschen, die um ihr Leben fürchten, werden nicht hinausgehen und das neueste Produkt auf dem

Markt kaufen. Es könnte zu einem anfänglichen Ausbruch von Aktivitäten aufgrund angestauter Nachfrage kommen, aber da die Todesrate steigt, wird dies nur von kurzer Dauer sein. Hinzu kommt, dass Reisen zwischen den Staaten das Virus wahrscheinlich noch weiter verbreiten und immer mehr Menschen in Vorstädten und ländlichen Gebieten infizieren werden, die bisher das Schlimmste der Pandemie vermieden haben. In diesen ländlicheren Gebieten wird eine Flut von Neuinfektionen den Mangel an Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und Ressourcen für die Intensivpflege noch verschärfen, und es werden noch mehr Menschen sterben.

Der Druck zur Wiedereröffnung der Wirtschaft in den am stärksten betroffenen Gebieten an den Küsten und im oberen Mittleren Westen, die Anzeichen zeigen, die Dinge unter Kontrolle zu bekommen, wird immens sein, wenn alle anderen öffnen. Hinzu kommt der erwartete Druck seitens der Bundesregierung und der Trump-Administration durch die Zurückhaltung von Hilfe und/oder die Unterstützung von Klagen gegen Staaten, die nicht wieder öffnen. Es ist schwer vorstellbar, dass New York, Kalifornien oder Michigan zu lange ausharren, bevor sie gezwungen sind, ebenfalls wieder zu öffnen.

Kurz gesagt, die Fälle werden wieder sprunghaft ansteigen, sobald die Eindämmungsmaßnahmen gelockert werden, und mehr Menschen werden erkranken und sterben. Und alle wirtschaftlichen Gewinne werden von kurzer Dauer sein und bestenfalls nur für eine kurze Zeit anhalten.

Was wir tun können

Wie in jeder kapitalistischen Krise üblich ist es die ArbeiterInnenklasse, die die Hauptlast des Ganzen schultert. Die US-ArbeiterInnenklasse wurde bereits unzureichend bezahlt, unzulänglich untergebracht, im Krankheitsfall unzureichend versorgt und dafür mehr als irgendwo sonst auf der Welt belastet. 44 Millionen AmerikanerInnen sind nicht versichert und weitere 38 Millionen haben eine unzureichende Krankenversicherung. Acht von zehn von ihnen sind ArbeiterInnen oder deren Angehörige. Darüber hinaus vermeiden oder verzögern Millionen von Versicherten eine medizinische Behandlung aus Angst vor den ruinösen Kosten. Besonders betroffen sind die rassistische unterdrückten Sektoren der ArbeiterInnenklasse, die einen Großteil der unterbezahlten, überausgebeuteten Lohnabhängigen stellen und zugleich von den staatlichen Institutionen systematisch diskriminiert und unterdrückt werden.

Das medizinische Personal an vorderster Front tut, was es kann, und leistet oft heroische Anstrengungen, während es selbst unterbesetzt und zu wenig vor Krankheit geschützt ist. Es verfügt, wie alle amerikanischen ArbeiterInnen, über weniger Schutz am Arbeitsplatz und weniger Unterstützung, wenn es keine Arbeit hat. Und wenn seine Berufsangehörigen sich darüber beschwerten, riskieren sie, kurzerhand entlassen zu werden. Und jetzt werden wir alle mit der Aussicht auf den buchstäblichen Tod am Arbeitsplatz und in der Luft konfrontiert sein, weil die wohlhabenden EigentümerInnen keinen kleinen Prozentsatz ihrer unrechtmäßig erworbenen Gewinne zum Wohle des Rests von uns anderen aufgeben wollen, derjenigen, die tatsächlich den Reichtum schaffen, den die KapitalistInnen sich als Früchte unserer Arbeit aneignen.

Anstatt erprobte Methoden zur Eindämmung des Virus und der Todesfälle zu forcieren, bereitet sich die US-Bourgeoisie darauf vor, uns alle erneut in Gefahr zu bringen. Einige werden sagen, dass wir arbeiten und Geld verdienen müssen, um die Hypothek oder die Miete, die Nebenkosten, die Lebensmittel, das Darlehen für Studierende und die Kreditkarten- und Autorechnungen zu bezahlen. Tatsächlich gab es einige auf der linken Seite, die die Demonstrationen im klassischen faschistischen Stil, die in letzter Zeit aus eben diesen Gründen stattfanden, verteidigt haben. Aber unser Leben aufs Spiel zu setzen, ist nicht die einzige Lösung, die zur Verfügung steht. Als Alternative zu „arbeiten oder verhungern“ könnten wir einen Teil der massiven Profite, die sich in den letzten vier Jahrzehnten an der Spitze angesammelt haben, enteignen und ein Schuldenende ausrufen – oder

zumindest ein Einfrieren für die Rückzahlung der Schulden bis zum Ende des Jahres. Anstatt das Gesundheitswesen zu rationieren, könnten wir Krankenhäuser, die geschlossen wurden, weil sie nicht rentabel genug waren, wiedereröffnen und sie alle unter ArbeiterInnenkontrolle stellen und sie ihre Nutzung vor Ort kostenlos machen. Wir könnten Unternehmen, die notwendige medizinische Geräte herstellen, enteignen, sie unter die Kontrolle der Beschäftigten stellen und anfangen, persönliche Schutzbekleidung und Beatmungsgeräte für den Bedarf und zum Selbstkostenpreis statt für den Profit auszugeben. Wir könnten für Pandemien ebenso viel planen wie für willkürliche Kriege und Regimewechsel. Wir könnten Arzneimittelfirmen unter öffentliche Kontrolle bringen und sie von ihren Beschäftigten leiten lassen, um die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen und Behandlungsmöglichkeiten nicht nur für das Coronavirus und Covid 19, sondern auch für die nächste Pandemie zu beschleunigen.

Die brennende Notwendigkeit eines kostenlosen medizinischen Dienstes für alle am Ort des Geschehens ist als Folge dieser Krise sonnenklar. Doch Bernie Sanders – selbsternannter demokratischer Sozialist – dessen berühmteste Politik „Gesundheitsversorgung für alle“ ist, hat sich gerade aus dem Präsidentschaftswahlkampf zurückgezogen. Er unterstützt jetzt Joe Biden, der einer solchen Forderung nicht zustimmen wird. Es ist klar, dass nur eine Partei von und für die ArbeiterInnenklasse und Aktionen der ArbeiterInnenbewegung hoffen lassen können, die massive Gesundheitsversorgungskatastrophe zu bewältigen, mit der der US-Kapitalismus uns allen droht.

Selbst die geringfügigen Leistungen, die für die ArbeiterInnenklasse im Coronavirus-Hilfe-, Unterstützungs- und Wirtschaftssicherheitsgesetz (CARES), das am 27. März von Trump unterzeichnet wurde, in Kraft gesetzt wurden, sind wegen der Unzulänglichkeit des Registrierungssystems für Arbeitslosengeld schwer zugänglich. Diese potenziellen Leistungen könnten daher in einen weiteren „Anreiz“, eine Beihilfe, umbenannt und an US-BürgerInnen ausgegeben werden, anstatt die Menschen zu veranlassen, sich für sie zu „registrieren“.

Und während der einmalige Anreiz für die meisten von uns ziemlich schnell kam, mussten diejenigen, die einen Papierscheck brauchten, warten, bis Trump seinen Namen darauf setzen konnte. Es ist wahrscheinlich, dass ein weiteres Rettungspaket für kleine Unternehmen verabschiedet und verwaltet wird, bevor Einzelpersonen Zugang zu allen durch das CARES-Gesetz vorgeschriebenen Vorteilen haben. Das zeigt die Prioritäten der staatlichen Hilfe in den USA. Geschäft und Profit sind die Hauptanliegen; die Lohnabhängigen kommen als abgeschlagene Dritte, nach den bürgerlichen PolitikerInnen, die die Geschäftsinteressen unterstützen.

Es gibt nur einen Weg, dieses Schema zu ändern. Die ArbeiterInnenklasse muss jede Unterstützung für die Kriminellen, die US-Geschäfte führen, und ihre SchmarotzerInnen in der Regierung einstellen. Und der beste Weg, sie zu stoppen, ist, die Arbeit einzustellen und keine Rechnungen mehr zu bezahlen, mit Ausnahme derer, die notwendig sind, um Leib und Seele zusammenzuhalten. Ein Streik gegen nicht lebensnotwendige Arbeit, ein Miet- und Hypothekenstreik, das Zurückhalten von Zahlungen an die Banken für irgendwelche Schulden sind alles bewährte Strategien, um diese kriminelle Gefährdung unseres Lebens für die Profite der Bosse zu stoppen. Und jede Arbeit, die als „unentbehrlich“ angesehen wird, sollte so bezahlt werden, wie sie unentbehrlich ist, und unter der Kontrolle dieser unentbehrlichen ArbeiterInnen selbst stehen.